

Die „Weißeritz-Zeitung“ erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Preis vierteljährlich 1 M. 25 Pfg., zweimonatlich 84 Pfg., einmonatlich 42 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Alle Postanstalten, Postboten, sowie die Agenten nehmen Bestellungen an.

Weißeritz-Zeitung.

Inserate, welche bei der bedeutenden Auflage des Blattes eine sehr wirksame Verbreitung finden, werden mit 10 Pfg. die Spaltenzeile oder deren Raum berechnet. — Tabellen und Complicirte Inserate mit entsprechendem Aufschlag. — Eingeliefert, im redaktionellen Theile, die Spaltenzeile 20 Pfg.

Anzeiger für Dippoldiswalde und Umgegend.

Amtsblatt für die königliche Amtshauptmannschaft, das königliche Amtsgericht und den Stadtrath zu Dippoldiswalde.

Verantwortlicher Redacteur: Paul Jehne in Dippoldiswalde.

Mit achtseitigem „Ausföhrten Unterhaltungsblatt“.

Mit land- und hauswirthschaftlicher Monatsbeilage.

Nr. 115.

Donnerstag, den 5. Oktober 1899.

65. Jahrgang.

Wahl eines Abgeordneten zur II. Kammer der Ständeverammlung im 13. Wahlkreise des platten Landes betr.

Gemäß der Bestimmung im § 27 des Gesetzes, die Wahlen für die zweite Kammer der Ständeverammlung des Königreichs Sachsen betr., vom 28. März 1896, wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Wahl des Abgeordneten für den obenbezeichneten Wahlkreis

Dienstag, den 10. d. Mts., Vormittags 11 Uhr,
im Saale des hiesigen Rathhauses

stattfindet.

Sämmtliche Seiten der I., II. und III. Wählerabtheilung gewählten Herren Wahlmänner werden hiermit eingeladen, zur Wahlhandlung pünktlich zu erscheinen.
Dippoldiswalde, am 2. Oktober 1899.

Der königliche Wahlkommissar.

Rosow, Amtshauptmann.

156 B.

Rosow.

Die Dienstboten-Krankenkassen-Beiträge

pro IV. Quartal sind fällig und längstens bis zum 20. Oktober d. J. anher abzuführen.

Stadtrath Dippoldiswalde.

Zur inneren Lage.

Die aufgetauchten Gerüchte über erneute ernste Meinungsverschiedenheiten in den leitenden Berliner Regierungskreisen, namentlich über einen zwischen dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe und dem Finanzminister Dr. v. Riquel als Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums entstandenen scharfen Gegensatz in Folge der Kanalfrage, sind von den Berliner offiziellen Blättern alsbald als unbegründet bezeichnet worden. Diese offiziellen Presseurtheile in Sachen der jeweiligen Krisengerüchte in Preußen ist man aber in unserer öffentlichen Meinung nachgerade so gewohnt geworden, daß man auch über die jetzigen Behauptungen der „Berl. Korresp.“ u. s. w., es sei im preussischen Staatsministerium nach wie vor Alles in bester Harmonie und Einigkeit, nur die Achseln zuckt. Denn daß es mindestens im seitherigen Verlaufe der Kanalangelegenheit wiederholt Meinungsverschiedenheiten zwischen den in erster Linie maßgebenden Berliner Stellen gegeben hat, daran läßt sich schwerlich zweifeln, man kann indessen zugeben, daß sie einstweilen wieder verkleistert worden sind, wie denn auch der in voriger Woche vom Reichskanzler dem Finanzminister abgestattete Besuch wohl als eine geflüstert ins Werk gesetzte Befriedigung des angeblich fortgesetzten Einvernehmens zwischen beiden Staatsmännern zu betrachten ist. Jedenfalls ist die Stellung Herrn von Riquels beim Kaiser noch unerschütterter, eine Wahrnehmung, die sich inzwischen auch in den führenden Stellen der preussischen Konservativen und des Bundes der Landwirthe durchgerungen hat, denn die tonangebenden Presbörge beider Parteien haben unverkennbar wieder den Rückzug in dem soeben erst unternommenen konzentrischen Angriff auf die Position Herrn von Riquels angetreten. Da auch die gegenseitigen Raibalgereien zwischen den Blättern der letztgedachten Richtungen und der Regierungspresse über die Kanalangelegenheit und die Maßregelung der kanalfeindlichen Verwaltungs- und Hofbeamten zunächst wieder aufgehört haben, so ist in den Preßkämpfen und sonstigen politischen Aufregungen, welche durch die Kanalfrage in Preußen erzeugt worden sind, vorerst wieder ein gewisser Stillstand eingetreten. Als jüngstes Opfer der schleichenden inneren Krisis aber erscheint der Präsident der preussischen Seehandlung, Freiherr v. Jeddli-Neukirch, Führer der freikonservativen Partei, insofern wenigstens, als dieser hochgestellte Beamte und einflussreiche Parlamentarier seiner Beziehungen zur „Post“, die u. A. eine ganze Reihe von kanalfeindlichen Beiträgen und Entresilets aus der Jeddli-Neukirch Feder veröffentlichte, bekanntlich eingestellt hat, und zwar auf eine „Anregung“ von Seiten der Regierung hin. Herr v. Jeddli hat durch seine journalistische Thätigkeit in der „Post“, soweit sie der Bekämpfung der Kanalfrage galt, sicherlich viel zu der herrschenden Verwirrung in Preußen beigetragen; daß er nunmehr veranlaßt worden ist, diese Thätigkeit einzustellen, kann darum nur mit Genugthuung

begrüßt werden. Im Uebrigen bleibt die weitere Entwicklung der Dinge noch völlig in der Schwebe, und zwar gilt dies von Preußen wie vom Reiche. In letzterer Beziehung ist vor Allem noch das Problem der „Zuchthaus-Vorlage“ zu lösen, auf welche die Reichsregierung voraussichtlich nicht verzichtet wird, so daß ihr Wiedererscheinen in der kommenden Winter-saison des Reichstages bestimmt zu erwarten ist. In der Zwischenzeit seit der ersten Lesung des Gesetzesentwurfes zum Schutz der Arbeitswilligen haben sich indessen die Aussichten für diesen Entwurf zweifellos erheblich gebessert, auf Seiten des Centrums wie der Rationalliberalen steht man demselben durchaus nicht mehr so schroff gegenüber, wie dies bei der Generaldebatte des Reichstages über die „Zuchthaus-Vorlage“ der Fall war. Wenn man darum regierungsfreudig einige Verbesserungen an letzterer, die sich als unbedingt nothwendig erwiesen haben, vornehmen und die Vorlage dann in dieser abgeänderten Gestalt dem Reichstage wiederum präsentiren sollte, so dürfte sie dort zuletzt doch wohl in den rettenden Hafen einlaufen, zumal sich unterdessen die entschiedenen Zustimmungserklärungen aus den Kreisen der Arbeiterregierung bedeutend vermehrt haben. De der weiteren Behandlung und Verathung der Arbeitswilligen-Vorlage wäre es jedoch leicht möglich, daß Regierung und Konservative wieder friedlich zusammenkämen, die beide vorerst in Folge der Kanalvorlage noch immer in einem gespannten Verhältnis zu einander stehen. Ein Zusammengehen beider Faktoren im Reichstage in der ferneren Gestaltung der gedachten Vorlage dürfte sicherlich ihre beruhigende Einwirkung auf die gegenseitige Stellungnahme der Regierung und der Konservativen im preussischen Abgeordnetenhaus nicht verfehlen, namentlich, wenn man regierungsfreudig bei Wiederaufnahme der Kanalaktion mit den vorhergehenden ferneren Kompensationen an die Kanalgegner hervortreten sollte. Freilich hängt ein friedlicher Schlüsselausgang der Kanalaffäre zuvörderst noch von verschiedenen Umständen ab, die sich, wie die schleichende ministerielle Krisis in Preußen, noch immer jeder Berechnung entziehen.

Lokales und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Um zu prüfen, wie die fünf-wöchigen Sommerferien für die hiesigen Verhältnisse am praktischsten zu theilen sind, hatte der Schulvorstand in diesem Jahre vier Wochen Ernteferien und nur eine Woche Michaeliserferien beschlossen, während im vorigen Jahre in drei und zwei Wochen getheilt war. Besonders wollte man erfahren, inwieweit die Kinder zur Getreide- und zur Kartoffelernte mit herangezogen würden. Die statistischen Ermittlungen ergaben zunächst, daß die hiesigen Schulkinder des Verdienstes wegen überhaupt nur wenig zu obigen Arbeiten verwendet werden. Jedoch ist, wie man beobachten kann, in der Bürgerschaft weit mehr Sympathie für eine

Theilung in drei und zwei Wochen vorhanden, da viele Einwohner, welche nur Kartoffeln bauen, zum Einbringen derselben ihre Kinder mit heranziehen. Die Theilung, wie sie in diesem Jahre gehandhabt wurde, hat nur das Eine für sich, daß dann die Ferien mit denen der höheren Schulen genau zusammenfallen, was wieder denjenigen Eltern angenehm ist, die sowohl auf solchen Lehranstalten als auch in der Volksschule Kinder haben.

— „Nicht zumachen! Schließt von selbst!“ Diese freundliche Aufforderung lieft man heutzutage an ungezählten Thüren, an welchen man früher, wenn man sie offen ließ, die entrückte Frage hören mußte, ob man etwa einen Diener hinter sich habe? Heute hat man es nicht mehr nöthig, sich umzudrehen, es besorgt alles die Maschine. Man hat sich an diese bequeme Einrichtung schon so gewöhnt, daß man selbst Thüren ausläßt, die nicht „von selbst“ schließen, und deshalb ist die Frage, ob man einen Diener hinter sich habe, noch immer nicht aus der Welt geschafft. Unangenehm, ja gefährlich kann diese Unterlassungs-sünde im Eisenbahnverkehr werden, sobald nämlich die Wagenabtheile besetzt sind oder auf den Bahnsteigen Menschen herumwimmeln. Dreiviertel der jetzt lebenden Menschheit spielt da — aus Gewohnheit oder Nachlässigkeit — den großen Herrn, für den „Johann“ alles besorgt. Man geht und kommt, und die Thür bleibt, wie sie ist, nämlich offen. In letzter Sekunde wirft sie der Bahnsteigkassener dröhnend ins Schloß. Bis dahin mag die kalte Zugluft über die Insassen streichen. Dem bequemen Reuankömmling, der die Thür aufgelassen hat, schadet's ja nicht. Die offen stehenden Thüren der abfahrendenzüge gefährden aber auch das zu- und abströmende Publikum, von dem Mancher manchmal einen unsanften Rippenstoß, wenn nicht Schlimmeres davonträgt. Und der Schaffner, der im Fluge noch zehn Thüren zuwerfen muß, kann schließlich auch nichts dafür, wenn er dadurch Jemandes Nerven oder Finger verlegt. Wäre es nicht praktischer, wenn die zuletzt Einkleiden die Mahnung „Schließt von selbst!“ auf sich persönlich bezögen? Es ist doch eine große Kleinigkeit!

— Eine ergötzliche Auseinandersetzung über die Pirnaer Wahl findet zur Zeit zwischen den führenden Organen der freisinnigen Volkspartei und der Sozialdemokratie statt. Die freisinnigen Wähler hatten, wie erinnerlich, in Pirna den Ausschlag zu geben und gaben als bürgerliche Wähler schließlich ihre Stimmen gegen die Sozialdemokratie ab, der dadurch die bereits für sicher gehaltene Deute wieder verloren ging. Die „Freisinnige Zeitung“ bemüht sich jetzt seit drei Tagen unausgesetzt, den „Vorwärts“ zu überzeugen, daß im Eigenthum die meisten freisinnigen Wähler für den Umsturz gestimmt haben. Der „Vorwärts“ aber will vom „erbärmlich-schmutzigen Freisinn“, wie das sächsische „Bruderorgan“ sich ausdrückt, nicht unterkühlt werden und beruft sich darauf, daß die freisinnigen Wahlschüsse in Reustadt und Lang-